

Reaktion des Barnabas Fund auf die Empfehlung des Erzbischofs von Canterbury, islamisches Gesetz in Großbritannien einzuführen

Dr. Rowan Williams, der Erzbischof von Canterbury, argumentierte in einem Radiointerview am Donnerstag, 7. Februar, dass die Einführung der *shari'a*, des islamischen Rechts, in Großbritannien unvermeidbar sei. Am selben Abend hielt er einen Vortrag in den Royal Courts of Justice (organisiert von der Temple Church und dem Zentrum für Islamic and Middle East Law der Fakultät für Orientalistik und Afrikanistik an der Universität von London). In seinem Vortrag schien er zu argumentieren, dass das Konzept eines universellen Gesetzes für alle Staatsbürger in einer pluralistischen, multi-kulturellen Gesellschaft den Gegebenheiten und Gesetzestradiationen von Minderheiten angepasst werden muss. Er richtete das Augenmerk besonders auf die moslemische Gemeinschaft und auf islamisches Rechts. Dabei sprach er sich für die Eingliederung des islamischen Rechts in das englische Gesetz aus, um Staatsbürgern die Möglichkeit zu geben, zwischen beiden Rechtssystemen zu wählen, um Ehestreitigkeiten, Scheidungen, Erbe und andere Dinge zu entscheiden.

Analyse

Obwohl der Erzbischof die Absicht zu haben scheint, mehr Zusammenhalt und Harmonie in der britischen Gesellschaft zu schaffen, sind seine Vorschläge prädestiniert dafür, genau das Gegenteil zu erreichen. Er scheint Multikulturalismus zum Äußersten treiben zu wollen, indem er ihn auf das staatliche Rechtssystem ausweitet und dadurch neue Bereiche für möglichen Konflikt und Anfeindung schafft.

Sein Verständnis von *shari'a* ist weltfremd und naiv. Er behauptet, dass *shari'a* nicht das absolutistische und detaillierte Regelsystem sei, das ein Großteil der Moslems darunter verstehen, sondern vielmehr ein Ausdruck universeller Prinzipien, die abhängig von Kontext und Situation angewandt werden können (dieses moslemische Prinzip nennt sich *ijtihad*, was soviel wie persönliche Interpretation bedeutet). Obwohl diese Vorstellung mit der Ansicht liberaler Moslems übereinstimmt, sieht die Mehrheit der Moslems *shari'a* immer noch als Gottes unveränderliches Gesetz, das alle Lebensbereiche bestimmt. Dazu kommt, dass dieses Gesetz Frauen und Leute, die nicht dem Islam angehören, diskriminiert. Frauen werden beispielsweise in Scheidungen und Erbsachen benachteiligt. *Shari'a* führt ausserdem eine Vielzahl von Strafen für Moslems auf, die sich von ihrem Glauben abwenden: sie reichen von Gefängnisstrafen, Prügelstrafen, Auflösung von Ehen, Enterbung bis hin zur Todesstrafe.

Selbst Tariq Ramadan, den der Erzbischof lobend in seiner Rede erwähnt, brachte es nicht über sich, sich für die Abschaffung der strengen *hudud* Gesetze der *shari'a* auszusprechen, die Steinigung, Amputation und Auspeitschen verlangen. Sein äußerstes Zugeständnis war der Vorschlag, dass diese Gesetze auf Eis gelegt werden sollten, bis eine perfekte islamische Gesellschaft entstanden sei, in der diese Gesetze auf angemessene und gerechte Weise eingeführt werden könnten. Für diese Äußerung kam er unter Beschuß von vielen bekannten islamischen Gelehrten, die ihn der Ketzerei beschuldigten. Sie

behaupteten, dass die *hudud* Gesetze unveränderlich seien, und dass Härte ein Markenzeichen islamischer *shari'a* sei.

Der Erzbischof nimmt *hudud* Strafen aus von der Einführung der *shari'a* in Großbritannien aus. Wüsste er mehr über *shari'a*, würde er realisieren, dass es unmöglich ist, eine Grenze zwischen diesen beiden Bereichen zu ziehen. Der Grund hierfür liegt in dem islamische Apostasiegesetz. Die Strafmaßnahmen für Abkehr vom Islam beziehen sich nicht nur auf die Todesstrafe, sondern auch auf Bereiche des Familienrechts wie zum Beispiel Auflösung der Ehe, Verlust des Rechts, die gemeinsamen Kinder zu sehen und Enterbung. Dies ist der Bereich, den der Erzbischof in Großbritannien gerne akzeptiert haben würde.

Dr. Williams ist sich bewusst, dass die staatliche Anerkennung von *shari'a* Gesetzhöfen die Gefahr mit sich bringt, dass konservative und extremistische Elemente im Islam gestärkt und schutzbedürftige Individuen wie zum Beispiel Frauen benachteiligt werden. Nichtsdestotrotz scheint er völlig davon überzeugt zu sein, dass diejenigen, die die neuen Strukturen implementieren würden, Repräsentanten einer liberaleren, reformierten *shari'a* sein würden. Leider zeigt die Erfahrung, dass es normalerweise die in seinen Worten, „hemmenden und rückschrittlichen Vertreter“ sind die in solchen Fällen das Ruder übernehmen, unterstützt vom Wahhabismus und anderen Formen des Islams, die ihre beinahe grenzenlosen Ressourcen aus dem Ölgeschäft zur Investition bereitstellen.

Wo auch immer *shari'a* ein größeres Wirkungsfeld im Rechtssystem moslemischer Staaten eingeräumt wurde, resultierte dies in Rechtsverletzungen schutzbedürftiger Gruppen wie zum Beispiel Frauen und Kinder, Leuten, die nicht Moslems sind und solchen, die vom Islam konvertieren, und nicht-orthodoxen moslemischen Gemeinschaften wie den Ahmadiyya und den Bahai. Es hat sich auch gezeigt, dass die Einführung von *shari'a* intellektuelle Diskussionen negativ beeinflusst, Freiheiten einschränkt und Andersdenkende mit *shari'a* Sanktionen bedroht.

Dr. Williams scheint sich solche Sorgen über die Fragmentieren der britischen Gesellschaft zu machen, dass er bereit ist, *shari'a* in das britische Gesetz einzubetten, um Moslems zu besänftigen und der moslemischen Gesellschaft das Gefühl zu geben, dass die britische Gesellschaft den moslemischen Bedürfnisse offen gegenüber steht. Er ist überzeugt, dass *shari'a* ein grundlegendes für die Identität und das Wohlbefinden eines Moslems ist, und dass es unmenschlich ist, ihn oder sie zu einem Leben ohne *shari'a* zu zwingen. Im Namen von Multikulturalismus, Toleranz und Political Correctness ist er bereit, die alteingesessenen Prinzipien von Gleichheit vor dem Gesetz und individueller Freiheit zu untergraben, die allgemein als Grundlage westlicher Gesellschaften akzeptiert sind.

Die Einbettung von *shari'a* in das britische Gesetz wird sich negativ auf schutzbedürftigen Mitglieder der moslemischen Gemeinschaft auswirken: Frauen und Kinder ebenso wie Sekularisten und Liberale. Sie werden alle dem zunehmenden Druck ausgesetzt werden, sich traditionellen *shari'a* Normen unterzuordnen. Ist *shari'a* erst einmal eingeführt, werden Gemeinschaft und religiöser Druck es zunehmend schwieriger machen, sich nach britischem Recht richten zu lassen. Ebenso ignoriert der Erzbischof die vielen Moslems, die aus repressiven *shari'a* Staaten geflohen sind, um in einer freien und

demokratischen britischen Gesellschaft Zuflucht zu finden. Die Ermächtigung von *shari'a* Gerichtshöfen wird ihre neugefundenen Freiheiten gefährden.

Sind *shari'a* Gerichtshöfe erst einmal staatlich und zivilrechtlich anerkannt, hilft dies denjenigen Moslems in Großbritannien, die daran arbeiten, ein Netzwerk von lose zusammenhängenden islamisch-autonomen Regionen aufzubauen: ein de-facto nicht-territorialer, islamischer Staat. Scheinbar harmlose und großzügige Zugeständnisse im Bereich der *shari'a* fördern einen Trend zur Islamisierung, der am Ende nicht mehr aufzuhalten ist. Viele Moslems hoffen, dass Großbritannien dem Islam, seinen heiligen Schriften und seinem Gründer eine privilegierte und abgesicherte Stellung zusichern wird, die immun gegen jede Kritik ist – eine Stellung, die keiner anderen Religion eingeräumt ist. Diesen Forderungen nachzugeben würde bedeuten, dass die schwer erkämpften Freiheiten und Rechte, die Teil der britischen Gesellschaft ausmachen, unterminiert würden. Solch ein Schritt würde einem totalitären und diskriminierenden System die Türen öffnen, einem System, das individuelle Rechte ignoriert und das versucht, sowohl öffentliche als auch private Sphären auf eine Art, wie sie typisch für moslemische Staaten ist, zu kontrollieren. Der wachsende Gebrauch von *shari'a* wird den Charakter der britischen Gesellschaft grundlegend verändern, auf eine Weise, die bisher als völlig inakzeptabel gesehen wurde.

Es ist eine Tatsache, dass die Islamisierung Großbritanniens schon weit vorgedrungen ist. Viele informelle *shari'a* Gerichtshöfe operieren schon in moslemischen Gemeinschaften; es gibt ein *shari'a*-konformes Finanzsystem; *shari'a* Vorschriften bezüglich *halal*-Kost, islamischer Kleidung und Geschlechtertrennung im Sportunterricht werden von Schulen und anderen Erziehungsanstalten befolgt. Manche dieser Vorschriften werden auch im öffentlichen Dienst beachtet, wie zum Beispiel bei der Polizei, der NHS und in Gefängnissen.

Wenn *shari'a* Gerichtshöfe, deren Urteile bindend und durchsetzbar im Zivilrechtssystem sind, eingeführt werden, wird dies die Islamisierung Großbritanniens noch weiter vorantreiben; dies ist eines der langfristigen Ziele vieler moslemischer Organisationen. Im Gegensatz zu den Erwartungen des Erzbischofs wird dies die Möglichkeit für freie Diskussionen und berechtigte Kritik einschränken, die Freiheiten und Rechte einzelner Moslems limitieren, und traditionellere, islamistische und extremistische Tendenzen in moslemischen Gemeinschaften bestärken.

Die Vorschläge des Erzbischofs von Canterbury sind ausserdem nicht nur unklug, sondern zeugen von einer Taktlosigkeit die beinahe schon als Gefühlskälte beschrieben werden kann, wenn man bedenkt, dass viele anglikanische und andere Christen in Situation leben, wo *shari'a* Gesetz ist und zu unsäglichem Elend und Leid führt, wie zum Beispiel in Nigeria oder Teilen von Sudan.

Dr. Patrick Sookhdeo

11. Februar 2008